



3. Postulat Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne) "Mehr Sonnenenergie für Dübendorf" / Beantwortung GR Geschäft Nr. 193/2013

Antrag Stadtrat

Der Stadtrat beantragt, das Postulat abzuschreiben.

Stefan Kunz (SP/JUSO/Grüne)

Das Postulat sei an der Gemeinderatssitzung vom 8. April 2013 mit 18 zu 13 Stimmen dem Stadtrat überwiesen worden. Folgende Punkte wollte das Postulat erreichen:

- Dachflächen für Photovoltaikanlagen nutzen, die aufgrund ihrer Ausrichtung, Neigung und Lage einen optimalen Stromertrag garantieren.
- Proaktives Handeln der Stadt: Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden zusammen mit Investoren realisieren.

Zum Vorgehen seien folgende Punkte vorgesehen gewesen:

- Potenziale analysieren
- Flächen öffentlich ausschreiben
- Zuschlag aufgrund von Kriterien wie Gestehungskosten, grösster KW-Ertrag etc.
- Betrieb: einmalige Umtriebsentschädigung oder eine jährliche Dachmiete (Baurechtsvertrag)

Die Herausforderungen seien folgende gewesen:

- Strompreis/Gestehungskosten
- Genügend grosse und zusammenhängende Flächen
- Gebäude finden, auf denen Anlagen für 20 bis 30 Jahre erstellt werden können

Die Antwort des Stadtrates habe folgende Punkte beinhaltet:

- Ständiger Auftrag: Energiestadt seit 2002
- Einzelfallprüfung
- Herausforderungen:
 - o Investition- und Folgekosten
 - o Kosten/Nutzen für grosse Anlagen
- Glattwerk AG: erster Ansprechpartner
- Dachnutzungsverträge
- Geeignete Objekte: Neubau Bauhof (realisiert)
- Eher geeignete Objekte: Stadthaus
Bettli
Alters- und Spitexzentrum
Jugendhaus Galaxy
Culinghaus
Schützenhaus
- Ungeeignete Objekte: Stadtpolizeigebäude
Obere Mühle
- Noch offene Objekte: Schulhäuser Primarschule

Aus diesen Antworten des Stadtrates mache eine Aufrechterhaltung des Postulats keinen Sinn. Es herrsche eine „mittlere Unzufriedenheit“ und folgendes Fazit werde daraus gezogen:

- Es geht in (zu) kleinen Schritten voran
- Proaktives Handeln statt reagieren: Einen Schritt voraus sein
 - o Vorteile bei der Umsetzung der Energiestadt 2050 (KEV)
 - o Kantonales Bestrebungen gehen Richtung Sonnenenergiezonen
- Befremden über „Monopolsituation“
- Wir bleiben dran und messen den Stadtrat an den Taten bezüglich geeigneter und eher geeigneter Objekte gemäss der Postulatsantwort.



Stellungnahme Stadtrat

Keine.

Allgemeine Diskussion:

Orlando Wyss (SVP)

„Vor meinen Ausführungen möchte ich auf den ersten Satz von Stefan Kunz in seiner Begründung des eingereichten Postulats kurz eingehen. Wenn die Stromproduktion aus Photovoltaik und die Verbrauchsreduktion die wichtigsten Zielsetzungen für die Erreichung der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 sein sollen, dann Gut Nacht. Und zwar im wörtlichen Sinn. Denn dann wird es dunkel in unserem Land. Die Sonnenenergie ist in aller Munde, vor allem bei linksgrünen Verfechtern der Energiestrategie 2050. Auf diesen Zug sind auch die Mitteparteien aufgesprungen, zuletzt hat sich auch die FDP noch den letzten Wagon dieses in die falsche Richtung fahrenden Zuges geschnappt. In seiner Antwort hat der Stadtrat eine nüchterne Beurteilung über Sinn oder Unsinn von Photovoltaik auf den Dächern von Dübendorf abgegeben. Dass der Stadtrat verhalten positiv auf dieses Postulat reagiert hat, ist dem Umstand zuzuschreiben, dass der Stadtrat von Dübendorf, wie viele anderen Gemeinden auch, unserer Stadt das Feigenblatt Label Energiestadt aufdoktriert hat, um damit zum Ausdruck zu bringen, wir machen etwas in Sachen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Vielleicht kommen auch wir in Dübendorf eines Tages zum Schluss wie Pfäffikon ZH, dass Aufwand und Ertrag beim Label Energiestadt in keinem Verhältnis zueinander stehen. Doch Sonnenenergie ist per se nichts Schlechtes. Sie sollte dort eingesetzt werden, wo sie etwas bringt. Auf Einfamilienhäuser und kleineren Mehrfamilienhäuser kann sie die Energiebilanz eines Gebäudes verbessern. Ich bin der Ansicht, dass solarthermische Nutzung für ein Gebäude mehr bringt als photovoltaische Nutzung der Sonnenenergie. In seiner Antwort geht der Stadtrat auf drei Gebäudetypen in unserer Stadt ein. Das Stadthaus Dübendorf ist ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte. Die stadträtliche Feststellung, dass die Energienutzung auf dem Stadthaus eher unrentabel sei, ist gelinde gesagt schönfärberisch. Mit dem Energieertrag von 22'000 kWh pro Jahr, welche den Strombedarf für etwa drei Haushalte hergibt, wäre eine solche Anlage rausgeschmissenes Geld. Ich gehe davon aus, dass das gleiche auf für Anlagen auf Schulhäusern gilt, welche in der Postulatsantwort auch angesprochen werden. Einzig bei der angesprochenen Anlage auf dem Neubau Bauhof kann man einen Sinn erkennen. Die in diesem Monat in Betrieb gehende Anlage liefert ca. 180'000 kWh Energie pro Jahr. Dies reicht etwa für 60 Haushalte, welche aber mehr als den doppelten Stromtarif zahlen müssen. Ob diese 60 Haushalte gefunden werden, wird sich dann weisen. In seiner Postulatsantwort spricht sich der Stadtrat sehr vage dafür aus, bei Sanierungs- und Umbauprojekten von städtischen Liegenschaften, wie auch bei den Schulhäusern, die Errichtung einer Solaranlage zu prüfen. Mit etwas Phantasie kann man das Ergebnis dieser Prüfungen aber schon zum vornherein abschätzen. Es ist schlichtweg unrentabel. Was ich an der Antwort des Stadtrates vermisste, ist diese klare Aussage, welche bei allen angedachten Projekten zu erwarten ist. Da der Stadtrat den Anforderungskatalog des Labels Energiestadt erfüllen muss, um immer wieder zertifiziert zu werden, kann er auch keine andere als diese schwammige Antwort geben. Denn für die Erreichung des Labels braucht es nicht unbedingt Umsetzungen im Energiebereich, schon angedachte und geplante Massnahmen reichen, um die 50 % des Anforderungskataloges des Labels Energiestadt zu erreichen. Das tragische beim Thema Photovoltaik ist der Umstand, dass eine noch nicht ausgereifte Technologie mit Subventionen in Form der kostendeckenden Einspeisevergütung KEV gefördert wird und sich nicht am Markt behaupten muss. So wird Innovation behindert. Das Postulat hat für Stefan Kunz den Zweck erfüllt. Er hat das Kernthema der Grünen ansprechen können, welches suggeriert, dass wir mit erneuerbaren Energien die von den Kernkraftgegnern gehassten Atomkraftwerke ersetzen könnten. Mit den Zielsetzungen und Zeithorizonten 2030 und 2050 werden diese Phantastereien für die heutigen Befürworter folgenlos bleiben, weil niemand von diesen Politikern mehr im Amt ist, wenn es dann um die Überprüfung des Erreichten geht. Und auf kurzfristige Zwischenziele lassen sich die Enthusiasten des Atomausstieges nicht ein, dies aus gutem Grund. Auch scheuen diese Kreise das Thema Kosten dieser Energiewende 2050, wie der



Teufel das Weihwasser. Das Postulat kann problemlos abgeschrieben werden, weil ausser der Glattwerk AG niemand gefunden werden könnte, welcher sich auf ein solches Geschäft, wie im Postulat angedacht, einlässt.

Daniel Brühwiler (GEU/glp)

„Ich habe eigentlich etwas auf die Postulatsantwort des Stadtrates vorbereitet, komme jetzt aber nicht darum herum, Orlando Wyss etwas mit auf den Weg zu geben. Wenn er sagt, dass 22'000 kWh für drei Haushalte genüge, dann ist das sicher nicht der schweizerische Durchschnitt. So viel Strom braucht ein durchschnittlicher Schweizer Haushalt nämlich nicht. Wenn hier vorne jemand gegen Energieeffizienz wettet, selber so viel Strom verbrauchen will und gleichzeitig noch gegen die erneuerbare Produktion wettet, dann muss ich sagen, dann wird es wirklich dunkel in Dübendorf. Ich komme jetzt aber schnell zurück auf die Postulatsantwort des Stadtrates. Wir teilen sehr weitgehend die Meinung von Stefan Kunz. Jedoch schauen wir diese Geschichte vielleicht ein wenig optimistischer an. Was der Stadtrat vorgelegt hat, ist für uns ein ambitioniertes Programm, weil er gedenkt die Zukunft anzugehen. Und wir haben jetzt mit dem Bauhof ein erstes zartes Pflänzchen von diesem Programm. Dies stimmt uns optimistisch. Es geht jetzt eher darum, dieses zarte Pflänzchen zu hegen und zu pflegen und nicht quasi zu sagen, es sei eine Schwalbe, die noch keinen Frühling ausmache. Es hat einen Satz in der Antwort, welcher uns ein wenig befremdet. Nämlich, dass der Stadtrat sagt, ein Zwang werde abgelehnt. Wenn dieses Ablehnung eines Zwang heisst, man wolle schrittweise und projektbezogen arbeiten und nicht irgendwo zwangsweise an einem Gebäude Photovoltaikanlagen anbringen, ohne dass eine Renovation anstehe, dann können wir dies akzeptieren. Eine schritt- und projektbezogene Vorgehensweise ist sicher auch aus finanziellen Gründen richtig. Wenn dies aber heisst, dass jederzeit wieder damit aufgehört werden könne, dann geht das nicht. Und wenn es sogar heisst, dass wenn die Glattwerke AG gerade einmal kein Lust, Zeit oder Geld habe, man einfach nichts mache, dann ist für uns das Ende der Fahnenstange erreicht und dann werden wir, wie es der Postulant bereits antönte, auch von unserer Seite her wieder mit Vorstössen aktiv werden.“

Theo Johner (BDP)

„Ich will nur kurz etwas zum Thema Rentabilität sagen. Solarzellen auf dem Dach sind im Moment wahrscheinlich das Einzige, wo die Kosten wirklich ausgewiesen werden. Und weil diese im Vergleich zu anderen Energieträgern so teuer sind, werden sie auch vom Staat subventioniert. In welchem Mass dies Sinn oder nicht Sinn macht, kann man politisch sicher diskutieren. Und zu sagen, dass es im Gegensatz zu anderen Technologien am Markt vorbei gehe, sei eine Augenwischerei. Keiner von unseren grossen Stromversorgern trägt seine Kosten selber, weil diese schlicht nicht ausgewiesen sind. Es gibt auch keinen politischen Konsens, wie viel man bspw. für ein überflutetes Tal einsetzen wolle. Im Zusammenhang mit der Abstellung von AKWs haben wir gehört, dass die daraus entstehenden Kosten durch den Steuerzahler getragen werden müssen. Die Aussage zur Rentabilität stimmt, wenn man alle Kosten der Solarzellen einrechnet, bei den anderen Energieträgern aber Kosten hat, die durch den Steuerzahler finanziert werden.“

Abstimmung

Das Postulat „Mehr Sonnenenergie für Dübendorf“ wird mit 32 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin